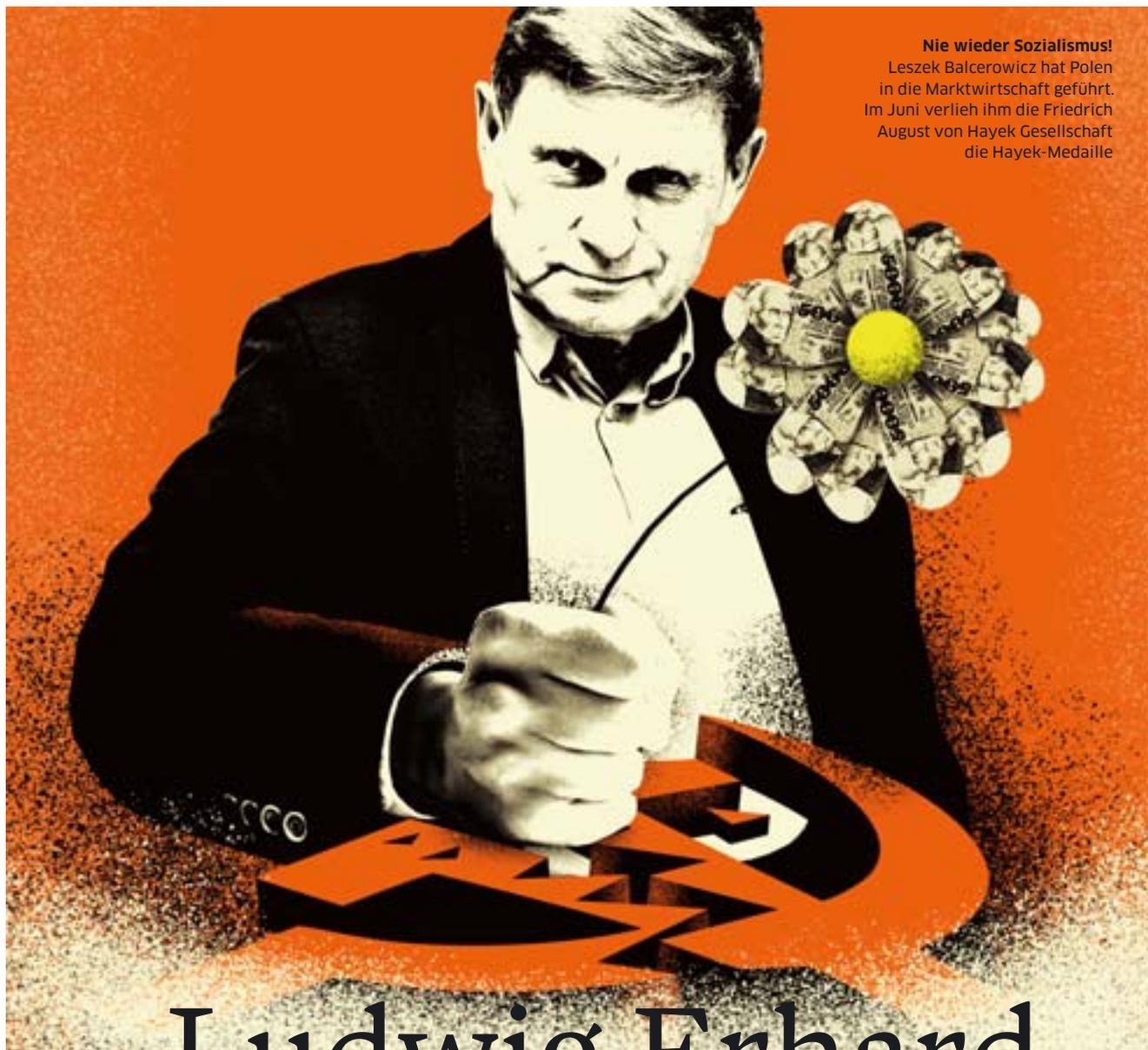


Der Volkswirt

gegründet 1926



Nie wieder Sozialismus!
Leszek Balcerowicz hat Polen
in die Marktwirtschaft geführt.
Im Juni verlieh ihm die Friedrich
August von Hayek Gesellschaft
die Hayek-Medaille

„Ludwig Erhard hatte es leichter“

Polens ehemaliger Finanzminister und Notenbankchef **Leszek Balcerowicz** über
marktwirtschaftliche Schocktherapien, die Attacken der polnischen
Regierung auf den Rechtsstaat und die Gefahren einer Transferunion in Europa.

TEXT MALTE FISCHER

Professor Balcerowicz, Sie haben als Vizepremier und Finanzminister Polen Anfang der Neunzigerjahre eine radikale marktwirtschaftliche

Schocktherapie verordnet. Heute zählt Polen zu den wachstumsstärksten Ländern Europas. Was ist das Geheimnis des Erfolgs?

Wir haben in Polen nicht nur punktuelle Reformen durchgesetzt, sondern die Wirtschaft komplett umgebaut, von einem sozialistischen zu einem kapitalistischen System. Und wir haben gleichzeitig die Demokratie eingeführt. Vergleichen Sie die wirtschaftliche Entwicklung Polens mit der anderer ehemaliger sozialistischer Länder, und sie werden feststellen, dass Polen im Schnitt der vergangenen 27 Jahre die höchste Wachstumsrate auswies. Das Geheimnis unseres Erfolgs ist, dass wir die Transformation schnell und radikal durchgezogen haben. Wissenschaftliche Studien bestätigen: Radikale und schnelle Reformen erhöhen den langfristigen Wachstumstrend der Wirtschaft.

War Polen das einzige Land, das bei der Transformation so vorgegangen ist?

Nein, aber wir waren die Ersten. Später haben auch die baltischen Länder ihre Wirtschaft radikal und schnell von der Plan- auf die Marktwirtschaft umgestellt. Sie haben sich besser entwickelt als Russland, die Ukraine, Weißrussland oder Rumänien, wo es keine vergleichbaren Reformen gab.

Warum hat die Systemtransformation in Russland und der Ukraine nicht funktioniert?

Russland hatte Anfang der Neunzigerjahre zwar eine radikale Umstellung auf die Marktwirtschaft in Angriff genommen. Aber die Reformer um Jegor Gaidar hatten zu wenig Zeit, und die politischen Gegenkräfte waren zu stark. Als die Reformgegner die Macht übernahmen, machten sie Gaidars Reformkurs für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten verantwortlich. In der Ukraine scheiterten Reformen daran, dass das Land nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zum ersten Mal in seiner Geschichte wirklich unabhängig war. Die Politiker waren überfordert damit, den notwendigen marktwirtschaftlichen Rahmen und die Herrschaft des Rechtes herzustellen. Dadurch konnte sich die Oligarchie ausbreiten.

Sie werden zuweilen als Ludwig Erhard Polens bezeichnet. Ehrt Sie das?

Ich habe die Reformen Ludwig Erhards studiert und sage, mit Verlaub: Erhard hatte es leichter. Er hat die deutsche Wirtschaft 1948 durch die Währungsreform und die Beseitigung der Bewirtschaftungsvorschriften stabilisiert und liberalisiert. Aber er musste die Institutionen nicht umbauen. Der Kapitalismus in Deutschland war nicht zerstört, sondern nur suspendiert. In Polen hingegen hatte der Sozialismus den Kapitalismus komplett zerstört. Daher mussten wir das Fundament für den Kapitalismus wiederherstellen, indem wir das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln durch Privatisierungen in Privateigentum überführten.

Polen ist Mitglied der EU. Wann wird es den Euro einführen?

Die Einführung des Euro ist nicht das drängendste Problem Polens.

Sondern?

Die Attacken der derzeitigen Regierung gegen die Herrschaft des Rechts, die Unabhängigkeit der Gerichte und die wirtschaftliche Freiheit sind unser Hauptproblem. Die Herrschaft des Rechts und die Unabhängigkeit der Justiz sind Grundpfeiler der Europäischen Union. Brüssel hat dem Treiben der polnischen Regierung viel zu lange zugesehen. Wenn die EU ihre Glaubwürdigkeit nicht verlieren will, muss sie dafür sorgen, dass diese Grundprinzipien in Polen eingehalten werden. Andernfalls droht das Beispiel Schule zu machen.

Brüssel will deshalb Polens Zugang zu EU-Mitteln an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien knüpfen ...

... was vernünftig ist. Wenn ein Geldgeber dem Empfänger Bedingungen stellt, ist das keine Erpressung. Auch der Internationale Währungsfonds knüpft Hilfgelder an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien.

Besteht nicht die Gefahr, dass sich Polen von der EU abwendet?

Einen Austritt aus der EU müsste die Regierung der Bevölkerung schmackhaft machen. Die EU ist in der polnischen Bevölkerung jedoch sehr beliebt. Die Polen zählen zu den europafreundlichsten Völkern, 70 bis 80 Prozent stehen der EU positiv gegenüber. Deshalb scheut die Regierung in Warschau die offene Konfrontation mit Brüssel.

In Europa haben derzeit populistische Parteien großen Zulauf. Warum?

Das hat mehrere Gründe. Zum einen haben antiliberalen Kräfte die Mär verbreitet, der Kapitalismus sei schuld an der Finanzkrise, was nicht stimmt. Zum anderen hat es in den vergangenen Jahren eine Flut an Studien und Berichten gegeben, die behaupten, die Ungleichheit habe zugenommen. Die meisten dieser Studien sind aber Unsinn, weil sie die Ungleichheit der Einkommen monieren, obwohl das eigentliche Problem die Ungleichheit der Chancen ist. Hinzu kommt, dass die Regierungen in Europa eigene Fehlentscheidungen der EU in die Schuhe geschoben haben. So kommen die meisten wachstumshemmenden Regulierungen nicht aus Brüssel, sondern von den nationalen Regierungen. Das alles hat die politische Atmosphäre vergiftet und einen gesellschaftlichen Grundton gegen den Kapitalismus erzeugt. Die Bezeichnung Neo-Marxist gilt in manchen Kreisen als Auszeichnung.

Hat auch das Bestreben, Haftung und Risiken in Europa zu vergemeinschaften, den Populisten Auftrieb gegeben?

Es gibt Bereiche wie die Wettbewerbs- und Handelspolitik, die sinnvollerweise auf europäischer Ebene gemeinsam ausgeübt werden sollten. Für die Finanzpolitik aber gilt das nicht. Sie muss in der Verantwortung der nationalen Regierungen bleiben. Denn eine Haftungs- und Transferunion ist politisches Dynamit für Europa. Man muss nur nach Belgien oder Italien schauen, um zu sehen, dass Transferzahlungen selbst innerhalb von Ländern gewaltige Spannungen erzeugen und den Populismus nähren. Auf europäischer Ebene wäre es noch schlimmer. Eine Haftungsunion ist der falsche Weg für Europa.

Was ist die Alternative?

Europa muss auf die Kräfte der Kapitalmärkte vertrauen. Nur sie können die Regierungen disziplinieren. Bailouts, die Rettung von Staaten oder Banken, setzen die Märkte außer Kraft und erodieren so den Druck zu einer soliden Haushaltsführung. Politische Haushaltsregeln sind kein Ersatz für die Märkte. Denn sie werden leicht zum Opfer von Antiausteritätspropaganda, die eine Unvereinbarkeit von solider Haushaltsführung und Wirtschaftswachstum behauptet. ■